

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

3. April 1968 - 27/II
Einzelpreis DM 0.75

SPD WESTBERLIN: SCHÜTZ KNÜPFT WIEDER FADEN ZUR LINKEN

Bürgermeister Kurt Neubauer hat sich aus seinem Urlaubsort ungnädig über die derzeitige Entwicklung innerhalb der Westberliner SPD geäußert. Neubauer betrachtet es als Affront gegen sich und seine Ambitionen, daß Westberlins Parteivorsitzender Mattick sein Amt während seiner Abwesenheit zur Verfügung stellte, was Neubauer nicht zu Unrecht als Votum für Schütz ansah. Mit Unbehagen registriert die extreme Rechte um Neubauer, Gellermann und Liehr auch, daß Parteichef-Kandidat Schütz vorsichtig Fäden zur Linken um Ristock spinnt. Schon vor der Ausschlußaffäre hatte sich Schütz, auf Bonner Vorstandsgeheiß, vorsichtig bewegt, um nicht alle Türen zur Linken zuzuschlagen. Schütz will nicht "Regierender von Neubauers Gnaden" sein und müht sich um eine "breite Mehrheit" für sich, die bis zur etablierten Linken reicht.

Auf der Linken ist die Bereitschaft, sich auf ein neues Bündnis-Abenteuer mit einer "gemäßigten Rechten" unter Schütz einzulassen, geteilt. Ristock schwankt zwischen der Aussicht, im nächsten Landesvorstand wieder einige Linke, wie Senator Stein, unterzubringen, und der ihm in den letzten Wochen zuteil gewordenen unbestrittenen Führerrolle der Parteilinken. Die Junge Linke, aber auch die neue Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten (siehe EXTRA-Dienst 24/II) sind gegen jedes "Kungeln"; andere Teile der etablierten Linken, wie der Flügel der Bezirksbürgermeister, sind bereits auf die Schütz-Linie einer "breiten Mehrheit" eingeschwenkt, vor allem unter dem Eindruck des verbalen Linksrucks von Nürnberg, der "neue Möglichkeiten in der Partei" eröffnet.

Die Junge Linke betrachtet die Parteisituation nach Nürnberg weit realistischer. Ihr geben vor allem die Versuche der Rechten zu denken, die Parteiordnungsverfahren, die gegen zahlreiche Parteimitglieder eingeleitet wurden, hinauszuzögern. Man spricht davon, daß Ristock mit seinem Verfahren erst im Herbst rechnen könne. Die Rechte, die die Linke während eines Ordnungsverfahrens ständig mit dem "Fallbeil des Ausschlusses" bedrohen kann, hat dadurch die Möglichkeit einer kontinuierlichen Kontrolle über die "Abweichler".

Sowohl links wie rechts in der Westberliner SPD ist man jedoch der Meinung, daß Schütz auf dem Landesparteitag ohne Kampfabstimmung gewählt werden wird. Neubauer wird sich seine Unterstützung freilich teuer abkaufen lassen. Die Vorhersage: Schütz Parteichef mit einem Landesvorstand, der auf Neubauers Kommando hört.

BRANDT ZUR KPI: ICH BIN ISOLIERT

Offenbar nicht nur während eines Staatsempfangs hat Bundesaußenminister und SPD-Vorsitzender Willy Brandt in Rom Kontakte zur italienischen KP gepflogen. Die SPD hat in den letzten Tagen scheinbarweise bekanntgegeben, was sich seit November letzten Jahres ereignete: Zuerst dementierte sie "offizielle" Gespräche; dann gab sie solche, geführt vom hannoverschen Bundestagsabgeordneten Egon Franke, dem SPD-Informationsdirektor Fried Wesemann und dem "Stern"-Redakteur Leo Bauer zu; schließlich erklärte sie, Brandt habe sich bei einem Saragat-Empfang mit KPI-Chef Longo getroffen. Wie aus gut

unterrichteter römischer Quelle verlautet, kam es nach dem Empfang zu einem "privaten Gespräch" Brandts mit italienischen KP-Funktionären, bei dem Brandt seinen Mißmut über die "Isolierung in der Ostpolitik" in seiner Partei angedeutet habe. Er brauche daher dringend einen Erfolg. Brandt erklärte, ein "gewisses Entgegenkommen" von osteuropäischer Seite würde seine Position stärken. Die KPI solle ihre Bruderparteien im sozialistischen Lager animieren, solches Entgegenkommen zu zeigen. Brandt bat, in Osteuropa diese seine Position zu verdeutlichen. - Pikanterie am Rande: KPI-Verhandlungspartner Wesemann wurde mit dem Bundesnachrichtendienst (EXTRA-Dienst 8/II) in Verbindung gebracht; KPI-Verhandlungspartner Bauer wurde nach dem Kriege als Chefredakteur des DDR-Deutschlandsenders abgesetzt und wegen Mitgliedschaft in einer "partei-feindlichen Gruppe" (Ackermann-Maerker) von einem sowjetischen Gericht zum Tode verurteilt, dann zu 25 Jahren Zwangsarbeit begnadigt und schließlich in den Westen abgeschoben.

SOWJETWIRTSCHAFT IN FERNOST: AUF JAPAN UMDISPONIERT

Die Sowjetunion orientiert ihre Pläne für die weitere Erschließung Sibiriens von westeuropäischen auf japanische Zulieferungen um. Die ausgedehnte Kooperation mit westeuropäischen, vor allem westdeutschen Firmen, die ursprünglich beabsichtigt war, wollte die UdSSR wegen des andauernden vertragslosen Zustandes zwischen Bonn und Moska nicht realisieren. Hinzu kommt, wie Wirtschaftskreise der Sowjetunion erklären, ihre stärkere Orientierung auf Industrieländer des Fernen Ostens. Die der japanischen Industrie angebotenen Objekte belaufen sich auf mehrere Milliarden Dollar.

NERVOSITÄT IM US-VIERTEL: MASSENAUFGEBOT GEGEN ZETTELVERTEILER

Zwei Flugblattverteiler der US-Campaign sahen sich am Wochenende dem massierten Aufgebot einer deutschen Polizei-Einsatzgruppe, drei höheren Westberliner Polizeioffizieren, zwei US-Militärpolizisten und einem US-Offizier gegenüber. Im amerikanischen Viertel hatten sie Flugblätter verteilt, in denen auf die zunehmende "Versetzung" von US-Soldaten nach Vietnam hingewiesen wurde. Während einer "Bierpause" am U-Bahnhof Oskar-Helene-Heim wurden sie von zwei US-Polizisten und einem Westberliner Polizisten kontrolliert. Zwischenzeitlich erfolgte der Aufmarsch der oben beschriebenen Streitmacht. Die Westberliner Polizei entschied nach längerem Palaver mit der US-Polizei: "Sie können die Flugblätter an einzelne Personen verteilen, aber Sie dürfen keine Gruppen bilden." Die US-Polizei: "Wir wollen euch nicht noch einmal auf militärischem Gelände erwischen." Grundlage für diese Drohung scheint die "Berlin-Brigade-Anordnung 342-140" zu sein und eine Anweisung, nach der Informationen, die die Politik der US-Regierung kritisieren, im amerikanischen Wohnviertel nicht verteilt werden dürfen.

"CAPITAL"-STORY: KAPITALEN BOCK GESCHOSSEN / VON M. BUCHHOLZ

Sein Gesicht taucht aus dem Halbdunkel auf, nur zur Hälfte erkennbar, ansonsten zwielichtig, das Rot eines Halstuchs leuchtet auf, da steht er also als Cover-Boy, als Titel-Anreiz für Westdeutschlands schickstes Kapitalisten-Magazin "Capital", das sich von marxistischer Schreibweise durch ein elegantes "C" - das hohe C in unserem Staate - distanziert: Rudi Dutschke als Modell vor der Kamera des teuersten Werbe-Lichtbildners der Republik, Charles Wilp. In der April-Ausgabe von "Capital" posiert er auch im Inne-teil noch einmal, diesmal mit dem echten "Kapital" unterm Arm. Dazu ein ausführlicher Bericht "Wer bezahlt die Linken?" und ein Interview mit Rudi Dutschke, "Chefideologe des SDS". Hier gibt sich Rudi als Polit-Plauderer und berichtet über die Finanzerfolge führender SDSler in einem zumindest ungewöhnlichen Sprachstil: "Lefèvre hat ein bißchen mehr gemacht als ich, und ich hatte nur zwei große Sachen - das Gaus-Interview im Fernsehen und eine Titelgeschichte im Spiegel -, die dafür aber mehr eingebracht haben." Über sein Verhältnis zum Geld: "Wenn es kommt, und ich kann es politisch akzeptieren, das heißt, es ist kein Geld aus der DDR, aus der Sowjetunion oder aus anderen kommunistischen Quellen, dann nehme ich es selbstverständlich an." Auf die Frage, ob SDS-Gruppen oder nahestehende Organisationen aus kommunistischen Quellen gespeist

werden: "Naja, man spricht davon, daß der Sozialistische Bund früher aus dieser Richtung Geld bekam. Über die Höhe weiß ich nichts, und auch die SDS-Gruppe in Köln soll nach Gerüchten mit DDR-Geldern unterstützt werden. Aber das sind eben nur Gerüchte. Genaues weiß ich nicht." Dutschke soll diese Äußerungen gegenüber dem SDS-Bundesvorstand dementiert haben. "Capital"-Interviewer Thomas Engelmann aber hat das Gespräch auf Tonband mitschneiden und mit einer Filmkamera "für den Hausgebrauch" aufnehmen lassen. Auf Rückfrage versicherte er EXTRA-Dienst gegenüber, daß das Interview nur in jenen Passagen stark gekürzt wurde, in denen Dutschke über seine privaten finanziellen Sorgen, etwa über die Entbindungskosten für Hosea Che, spricht. "Gerade bei der Frage nach der Finanzierung und über die Herkunft des Geldes haben wir nichts weggenommen, denn das war das Wichtigste am Interview", erklärte Engelmann. Rudi Dutschke war nicht zu erreichen. Für den SDS Berlin erklärte uns Wolfgang Lefèvre, daß dieses Interview politische Konsequenzen für Dutschke haben werde. Gerüchte über SDS-Unterstützung aus der DDR zu kolportieren, sei "einfach ganz unmöglich". Lefèvre und seine SDS-Genossen haben keinen Zweifel, daß der veröffentlichte Text original Dutschke ist: Auch wenn einige Passagen aus dem Gespräch fehlen sollten oder verkürzt wiedergegeben sind, entschuldige das nichts, meint Lefèvre.

Allerdings gibt es auch kaum eine Entschuldigung für "Capital"-Redakteur Thomas Engelmann, rechtsabweichender Sohn des Links-Schriftstellers und Reporters Bernd Engelmann. In seinem Bericht über die Finanzierung der Linken arbeitet er mit gänzlich illusorischen Zahlen, zumindest was den Republikanischen Club und EXTRA-Dienst betrifft. Da wird von Entlassungen berichtet, die es nie gegeben hat, da wird ein Personalstamm aufgezählt, der nicht existiert, da werden für den Club Kosten genannt, von denen kaum eine Zahl annähernd korrekt ist (mit Nullen scheint man bei "Capital" in jeder Hinsicht großzügig zu sein). Da wird von Plänen berichtet, die noch nicht einmal diskutiert wurden. Ein Druckerei-Projekt wird mit einer rätselhaften "Tageskapazität zirka 150000 Exemplare" angegeben. Was soll da bloß 150 000fach gedruckt werden am Tag? Dichtung und Wahrheit verquickt sich auch beim Kapitel "Carl Guggomos und der EXTRA-Dienst". Man höre also und staune: Erst machte Guggomos das EXTRA-Blatt (was schon nicht korrekt ist), dann ließ er sich von Augstein für "Heute" einkaufen und danach machte er EXTRA-Dienst. Wenn Engelmann nur etwas in seiner eigenen Zeitschrift geblättert hätte, müßte ihm aufgefallen sein, daß das "Heute"-Experiment vor dem EXTRA-Blatt liegt: "Capital" berichtete darüber. Eine Augstein-Abfindung für Guggomos von 20 000 Mark ist reine Erfindung. Augstein spendete für das EXTRA-Blatt-Experiment einmal 10 000 Mark und deckte später einen Teil der Schulden ab: Insgesamt 30 000 Mark. Ansonsten wurden lediglich die Gehaltsverpflichtungen der auslaufenden "Heute"-Verträge eingehalten. Daß sich Guggomos mit Augsteins Geld in die Zeitungsgesellschaft mbH (heute EXTRA-Dienst GmbH) einkaufte, ist ebenso Humbug: Er hat sie mitgegründet. Die technischen Kosten von EXTRA-Dienst sind ebenfalls falsch: Der Dienst kostet mit Druck und Papier, Porto, Miete, Bürokosten, Telefon, Gehältern, Honoraren und Arbeitgeber-Anteilen sowie Mehrwertsteuer etwa 17 000 Mark pro Monat. Erst seit März werden diese Kosten durch Abonnements und Verkauf (15 890 Mark) sowie Plaketten und sonstige Einnahmen (ca. 750 Mark monatlich) halbwegs gedeckt. Zuvor überlebte EXTRA-Dienst indirekt mit Springers Hilfe: Durch den Verkauf der "Enteignet-Springer"-Plakette zu zwei Mark, 30 000 Mark Einnahmen halfen alte EXTRA-Blatt-Schulden bezahlen sowie das monatliche Defizit des Dienstes abdecken. In "Capital" liest es sich so, als hätte Guggomos 32 700 Mark privat verdient. Und auch Dutschke, der es eigentlich besser wissen müßte, da der SDS ebenfalls 10 000 Mark aus dem Verkauf der Springer-Plaketten des EXTRA-Dienstes erhielt, verstärkt auf eine entsprechende Frage diese schlicht erlogene Behauptung noch.

Müßig alle übrigen Fehler und Lügen des "Capital"-Berichts einzeln aufzuzählen: Selbst die einfachsten Angaben, die ohne jede Mühe zu recherchieren sind, stimmen oft nicht. Für seine Mitarbeit erhielt Dutschke 1000 Mark, der SDS ebenfalls 1000 Mark aus der "Capital"-Kasse. Ich finde, man sollte lieber beim alten "Kapital" mit K wie Karl Marx bleiben als Heimlektüre. Dort kann man vieles lernen - auch über das "Capital" mit C wie CDU.

OSTERMARSCH WESTBERLIN: DOCH KUNDGEBUNG AM SONNTAG

Auch in Westberlin wird es 1968 einen Ostermarsch geben. In unserer letzten Ausgabe hatten wir irrtümlich berichtet, der Regionalaussschuß Westberlin der Kampagne für Demokratie und Abrüstung habe sich für ein Fallenlassen der Aktion entschieden. Allerdings stehen Einzelheiten noch nicht fest. Im Gespräch ist ein Demonstrationszug vom Neuköllner Karl-Marx-Platz zum Wittenbergplatz in der City, wo eine Schlußkundgebung stattfinden soll.

VIETNAM-SOLIDARITÄTSAKTION: VERSCHOBEN AUF ENDE APRIL

Die für den 6. April geplante Ausstellung mit anschließender Auktion von Bildern Westberliner Künstler zugunsten der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams (Ladengalerie, Bleibtreustraße) wird auf Ende April verschoben. Die Ausstellung soll, wie die US-Campaign mitteilt, am 28. 4. beginnen, die Auktion am 4. Mai stattfinden. Bisher haben schon über 50 Künstler mehr als 100 Arbeiten zur Verfügung gestellt.

BUCHHANDEL: GEWERKSCHAFTER WARNEN VOR SPALTUNG

Die Organisation gewerkschaftlicher Buchhändler-Fachgruppen (siehe EXTRA - Dienst 60/I und 2/II) hat im Buchhandel erhebliche Nervosität ausgelöst. In Frankfurt hat sich ein Initiativausschuß gebildet, der eine nichtgewerkschaftliche, standesgebundene Gegenorganisation vorbereitet. Die Gründung soll während der diesjährigen Buchmesse stattfinden. Beim Börsenverein des Deutschen Buchhandels läßt man offen durchblicken, daß der Arbeitgeberseite eine solche Organisation sympathischer wäre als die gewerkschaftlichen Gruppen, denen sie sich zur Zeit konfrontiert sieht. In einem Offenen Brief an den Frankfurter Initiativausschuß hat sich die Westberliner Fachgruppe Buchhandel in der Gewerkschaft HBV gegen die geplante Spaltung der Arbeitnehmer im Buchhandel gewandt und auf die "verheerenden Folgen" hingewiesen, die eine solche Spaltung für die ohnehin schwache Position der buchhändlerischen Angestellten haben müßte. In dem Brief wird angekündigt, daß die gewerkschaftlichen Buchhändler-Fachgruppen auf der Buchmesse mit einem eigenen Informationsstand auftreten wollen. Wie beim Börsenverein zu erfahren ist, besteht bei der Messeleitung jedoch wenig Neigung, einen solchen Stand zuzulassen.

LINDAU: REPUBLIKANISCHES FORUM MIT WALSER GEGRÜNDET

In Lindau ist nach dem Vorbild des Westberliner RC ein "Republikanisches Forum" gegründet worden, dem rund 70 Mitglieder angehören. Dem Vorstand gehören der Schriftsteller Martin Walser, der Publizist Helmut Lindemann sowie Hermann Dorfmueller und Heide Gralla an. Der Club ist über 899 Lindau, Kemptener Straße 35, zu erreichen. Der Name "Republikanisches Forum" wurde gewählt, weil in Lindau bereits eine Diskussionsgruppe der Außerparlamentarischen Opposition unter dem Namen "Forum" existierte.

PERSONALIEN

LIESELOTTE SEIBEL, bayerische Landtagsabgeordnete aus Nürnberg, wurde in der letzten Fraktionssitzung in München als "Flintenweib" tituliert und als "Anheizer" der Demonstranten beim SPD-Bundesparteitag bezeichnet. Ein Parteiverfahren, in dem Frau Seibel, der bayerische IG-Metall-Vorsitzende Essl und der niederbayerische Bundestagsabgeordnete Höhne (der Essl ein Glas Wein ins Gesicht schüttete) gehört werden, soll die Nürnberger Vorgänge klären.

WERNER GESSLER, Pressereferent des baden-württembergischen SPD-Justizministers Schieler, wurde von CSU-Bundesfinanzminister Strauß und der Jungen Union Baden-Württembergs als "Randalierer" bezeichnet. Gessler soll Anführer einer Gruppe von Jungsozialisten gewesen sein, die - laut Junger Union- "organisierte Terrormethoden des SDS übernahm" und eine Wahlveranstaltung der CDU mit "Ho-Tschi-minh"-Rufen und "rhythmischen Klatschen" unterbrach. Der Strauß-Angriff, am Ende der Veranstaltung in Freiburg vorgetragen, ging in Buh- und Pfui-Rufen unter.

ZITAT DER WOCHE

Der sozialdemokratische Senatsdirektor Dr. Klaus Arlt (Senator für Finanzen) am Wochenende auf einer SPD-Veranstaltung im Haus am Lützowplatz: "Wir geben für jeden Studenten in Berlin etwa 6000 Mark aus - und das wird noch mehr, wenn wir die Kosten für Wasserwerfer und Polizeieinsatz berechnen... Die Leute müssen wir doch nach Abschluß des Studiums in Berlin binden."

HINWEISE DER REDAKTION

LISELOTTE WELSKOPF, Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften der DDR, liest am Dienstag, 9. April, 20.15 Uhr, in der Buchhandlung Elwert und Meurer (Berlin 62, Hauptstraße 101) aus Manuskripten und veröffentlichten Arbeiten ("Die Söhne der Großen Bärin", "Nacht über der Prärie").

KUNST IN BERLIN 1945 bis 1970. Unter diesem Motto steht eine Ausstellung von 30 Westberliner Künstlern, die von Freitag, 5. April, bis Sonntag von 10 bis 18 Uhr in Berlin 33, Spechtstraße 16, in den Räumen des Architekten Sobotka stattfindet. Veranstalter ist Ben Wargin, der mit dieser Ausstellung für seinen Plan, einen dokumentarischen Kunstband zu diesem Thema herauszubringen, wirbt.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 3. April, 20 Uhr, werden im RC Mitglieder einer 200 Mann starken Gruppe von Fulbright-Stipendiaten aus den USA mit RC-Mitgliedern und Club-Gästen diskutieren. Am Donnerstag, 4. April, 20 Uhr, wird Dr. Ekkehart Krippendorff in englischer Sprache zu den Stipendiaten und zu Club-Mitgliedern über die politische Situation Westberlins sprechen.

FREITAG, 5. April, 20 Uhr, findet im RC eine Diskussion mit Wolfgang Lefèvre und anderen Mitgliedern der Westberliner Delegation auf der SDS-Delegiertenkonferenz in Frankfurt statt. Thema: Die künftige Stellung des SDS innerhalb der Außerparlamentarischen Opposition.

SONNABEND, 6. April, 20 Uhr im RC: Clubmitglied Neal Ascherson, Deutschland- und Osteuropa-Korrespondent des Londoner "Observer", berichtet über seine Eindrücke in der CSSR, aus der er soeben zurückgekehrt ist.

SPD-PARTEITAGS-DISKUSSION: WAS IST SOZIALDEMOKRATISCH (I)

EXTRA-Dienst veröffentlicht heute den ersten Teil von Auszügen aus der Diskussion beim Nürnberger Bundesparteitag der SPD. Als Quelle dient das unkorrigierte Protokoll, das die SPD noch während des Parteitages herausbrachte. Bei der Dokumentation beschränken wir uns auf die Wiedergabe von Diskussions-Ausschnitten aus der Generaldebatte, soweit sie das Verhältnis zur Außerparlamentarischen Opposition und zur jungen Generation berührte. Die Dokumentation legt dar, daß auch die Linke innerhalb der Partei es in Nürnberg gescheut hat, über oberflächliche Floskeln hinaus zu analysieren, worum es beim Aufstand der jungen Generation gegen das derzeitige Gesellschaftssystem geht. Die Dokumentation, die EXTRA-Dienst fortsetzen wird, dürfte Antwort auf die Frage geben, ob die SPD imstande ist, Diskussionspartner für die progressiven, gesellschaftsverändernden Kräfte der Jungen Linken in der Bundesrepublik und in Westberlin zu sein, oder ob sie ihre alleinige Aufgabe nicht ausschließlich darin sieht, als Vehikel der Integration in die bestehende und im Grundsatz nicht veränderungsbedürftige Gesellschaft zu wirken.

FRANZ NEUMANN, WESTBERLIN:

Genossinnen und Genossen, wir haben am 18. Februar den Marsch, um den nun so viel Aufregung ist, in Berlin gehabt. Alle die mich kennen, werden Verständnis dafür aufbringen, daß ich sage: Mit Dutschke will ich nichts zu tun haben. (Beifall) Aber, Genossinnen und Genossen, Dutschke ist doch heute ein Mann, dem es gelungen ist, Tausende

von jungen Menschen, von Arbeitern und Studenten hinter sich her zu ziehen. (Zurufe: Nein! Nein!) Steckt doch den Kopf nicht in den Sand, sondern seht doch die Dinge, so nüchtern wie sie sind. Es wäre ja so schön, wenn ich mir das einfach machen wollte. Aber ich gebe mir doch Mühe, die Gründe zu erforschen, warum das so ist, warum wir die Jugend nicht bei uns haben, warum ein wesentlicher Teil weggegangen ist. Liebe Genossinnen und Genossen, da hat uns doch der Willy sehr klar und deutlich gesagt, daß wir uns wirklich - jeder sich selbst - an die eigene Brust fassen müssen, ob wir es in den letzten Jahren richtig gemacht haben. (Beifall) und daß wir versuchen müssen, diese Jugend für die beste der für uns glaubhaften Staatsideen zu gewinnen. Wir haben doch leider Fortschritte nicht gemacht. Das zeigt doch die Auseinandersetzung. Ich sage: das, was am 18. Februar auf dem Kurfürstendamm war, das waren nicht nur die Rüpel von gestern, sondern das waren junge Menschen, das waren, wenn ich mit dem Berliner Begriff "links" und "rechts" operiere, den ich für falsch halte, junge Menschen, die von Eltern kommen, die links stehen oder die rechts stehen. Der Peter Brandt hat doch auch einen Vater, und der Vater versucht doch, auch zu überzeugen. Ich bin ihm dankbar, daß er nach modernen Erziehungsprinzipien arbeitet, (Beifall) daß er nicht nach dem Grundsatz der alten, der veralteten und überalterten Pädagogik der Prügelstrafe arbeitet, wie es der Berliner Landesvorstand gegen eine Masse von jungen Sozialdemokraten tut. (Beifall). Genossinnen und Genossen, Protestwähler, sagt Willy, sind nicht vom Himmel gefallen. An uns liegt es, ob sie bei den Demagogen bleiben oder ob wir sie für uns gewinnen können.

KURT NEUBAUER, WESTBERLIN:

Genossinnen und Genossen! Ich bedaure, daß hier durch Franz Neumann ein paar Fragen in diesem unmittelbaren Zusammenhang vor den Parteitag gebracht worden sind; nicht weil wir uns hier etwa um eine Debatte drücken müßten, sondern weil wir alle im Parteivorstand und im Parteirat den Eindruck hatten, daß es der Sache dienlicher gewesen wäre, wenn diese Debatte hier nicht stattfände.

Von Franz Neumann und anderen ist der Eindruck erweckt worden, als gäbe es in der Berliner SPD für junge Mitglieder oder für die Jugend außerhalb der Sozialdemokratischen Partei keinen Raum, frei die politische Meinung zu äußern. Das konnte man in Berlin und das kann man auch jetzt und in Zukunft in Berlin! Es geht bei den Entscheidungen, die anstanden, auch nicht um die Frage, ob man seine politische Meinung äußern kann. Bei der Entscheidung in Berlin ging es darum, wie und mit wem man seine politische Meinung als Demokrat gemeinsam äußert.

In der Berliner SPD wird niemand deswegen korrigiert, weil er zu Vietnam etwas sagt. Ja selbst, wenn gegen die amerikanische Politik in Vietnam von Sozialdemokraten demonstriert wird - und das wurde es in Berlin -, war das für uns kein Anlaß, lange Diskussionen darüber zu führen. Nur dieser Punkt, wo jeder Demokrat vor der Entscheidung steht, ob er mit Kräften, die kein Hehl daraus machen, daß sie gar nicht auf dem Boden der Demokratie stehen, gemeinsame Sache glaubt machen zu können, dieser Punkt wühlt uns auf und wird uns auch in Zukunft in Berlin aufwühlen.

Wenn Franz Neumann sagt: wir führten die Prügelstrafe für junge Sozialdemokraten ein, dann ist das an sich nicht der Boden, auf dem man sich auseinandersetzen kann. Wir haben in Berlin Tausende junger Sozialdemokraten, die Wert auf die Feststellung legen, daß sie sich nicht an einer solchen Kundgebung beteiligen würden, die aber Wert darauf legen, demonstrieren zu dürfen, und das dürfen sie in Berlin, auch bei der politischen Führung oder gerade unter der politischen Führung, die in Berlin im Moment Verantwortung trägt.

PETER CORTERIER, PARTEIVORSTAND:

Ein großes Problem sehe ich darin, daß manche Vertreter der Jugend - vor allem unter den Studenten -, die durchaus auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie stehen, allzuoft gemeinsame Sache mit den antidemokratischen Kräften machen. Ich meine, daß es nicht länger im Rahmen der sogenannten außerparlamentarischen Opposition oder anderswo eine Gemeinsamkeit geben darf mit Kräften wie dem Republikanischen Klub, der unsere Partei gestern als hundertjährige Hure bezeichnet hat, und dem SDS, der nur ein

Ziel kennt, nämlich die Zerstörung unserer Demokratie. Deshalb sollten sich unsere Freunde unter den Studenten - ich glaube, das gilt auch für die Genossen im Sozialdemokratischen Hochschulbund - überlegen, ob sie nicht aufhören müssen, sich weiterhin als Teil dieser außerparlamentarischen Opposition zu betrachten.

WALTER SICKERT, WESTBERLIN:

Kurt Neubauer und ich haben fünfeinhalb Stunden das Vergnügen gehabt, die Demonstranten zu beobachten während einer Zeit, in der Franz Neumann nichts von all den Vorgängen in Berlin gesehen hat. Das mag im Augenblick ausreichen.

Seit gut zwei Jahren versucht man, gerade mit Anlässen wie dem, der am 18. in Berlin eine Rolle gespielt hat, die Stimmung in Berlin und damit auch die Stimmung außerhalb Berlins anzuheizen und damit eigentlich - das steht im Hintergrund - die Vertrauensbasis dieser Stadt zu zerbrechen. Dutschke und Genossen wissen genau, was sie der Stadt Berlin, was sie der Arbeitnehmerschaft dieser Stadt antun, wenn sie diese Demonstration nach Berlin verlegen, und wenn dann Reaktionen auf solche Demonstrationen zu politischen Auseinandersetzungen in dieser Stadt führen. Das, was hier gestern als Beispiel geliefert wurde, ist in Berlin seit mehr als einem Jahre an der Tagesordnung. Wir haben uns dauernd mit diesem Problem auseinanderzusetzen, und das, was an Randerscheinungen in Berlin eine Rolle spielt, das ist das, was gestern auch hier auf der Bühne und draußen zu sehen war; nur daß die Reaktion auf die Tatbestände, die hier gestern eine Rolle spielten, ganz anders war als in Berlin. In Berlin hieß es hinterher sofort: In dieser Stadt gibt es keine Freiheit mehr, in dieser Stadt gibt es keine Meinungsfreiheit mehr, in dieser Stadt gibt es keine Sicherheit mehr. Und wenn es in dieser Stadt keine Sicherheit mehr gibt, ist die Wirtschaft rückläufig, und damit sind die Arbeitsplätze der Arbeitnehmer dieser Stadt aufs äußerste gefährdet.

Wir haben als Gewerkschaften Berlins in 21stündigen Gesprächen mit der eigenen Institution Gewerkschaftlicher Studentenbund so lange diskutiert, bis es einfach nicht mehr tragbar war, und so lange, bis die alten Arbeitnehmervetreter in den Vorständen die Nase voll hatten von dauernden Beschimpfungen und Beleidigungen, von Verketzerungen älterer Gewerkschaftler.

Ich darf sagen, daß wir bereit waren, auch mit den Universitäten, mit dem AstA der Freien Universität Berlin Gespräche über Hochschulreform und über Reformen der Studentenschaft selber zu führen. Wir haben schriftliches Material zusammengestellt, um zu beweisen, wie weit uns das eigentlich gelungen ist. Wir haben dem AstA geschrieben, daß wir mit ihm unter Festsetzung dieser Themen unter Mithilfe der Lehrgewerkschaft, unter Mithilfe all der Fachleute über die Hochschul- und Studentenreform diskutieren wollten. Antwort in schriftlicher Form war: Laßt uns mit dem Unsinn zufrieden! Wenn wir mit euch Gewerkschaften diskutieren, dann über Notstand und über nichts anderes. Ich möchte von dieser Stelle aus eigentlich bitten, daß man in Zukunft - und es wird nicht das letzte mal sein -, wenn es wieder einmal zu solchen Auseinandersetzungen wie gestern hier oder an anderer Stelle in Berlin kommt, nicht nur gestellte, zum Teil gestellte und provozierte Bilder in die Welt streut. Vielmehr sollte man von Sozialdemokraten sowie Gewerkschaftlern erwarten können, daß sie sich an den Stellen informieren und orientieren, an denen man, wie man weiß, wirklich das Material bekommt, das der Sache dient und nicht polemisch der gesamten Wirtschaft Berlins das Genick brechen kann. (Beifall.)

DR. HANS DE WITT, UNTERFRANKEN

Willy Brandt war ganz sicher gut beraten, als er sich von dem, was gestern geschehen ist, nicht irgendwie beeinträchtigen ließ. Ich meine, wir haben es - das hat der Beifall gezeigt - begrüßt, daß er entschlossen ist, mit den Studenten auf einem Kongreß zu sprechen. Ich meine jedoch, wenn wir zu einem solchen Kongreß gehen, sollten wir uns über einiges klar sein. Ich meine nicht, daß wir bußfertig hingehen sollten. Wir müssen versuchen, die Hauptgründe der Unrast zusammenzuzählen. Was den ersten Punkt, die Universitätsreform, anlangt, so hat Genosse Wehner hier schon gesagt, was wir in München 1956 dazu gesagt haben. Natürlich haben wir eine Menge Denkmodelle entworfen. Aber ich frage mich: was ist alles in den von uns regierten Ländern an Universitätsreform ge-

schehen? Wir haben Denkmodelle entworfen, aber sehr viel geschehen ist auch in den von uns regierten Ländern, meine ich, nicht.

Die Studenten sagen, wir verstünden die Welt nicht mehr. Ich kann das schlecht in Worte fassen. Aber es scheint so zu sein, daß unsere Studenten instinktmäßig und ohne es wirklich festgelegt zu haben, irgendwie neue Wertvorstellungen entwickeln, während wir noch im älteren verhaftet sind. Ich glaube, ein Großteil von uns, auch von unseren Genossen, hat natürlich nicht Marcuse, Mao oder Guevara gelesen. Darauf kommt es nicht an. Aber ich meine, daß sich irgendwie etwas geändert hat. Ich meine, wenn wir zu dem Kongreß gehen, dürfen wir nicht nur hingehen und etwas hören. Ich glaube, die Studenten können uns auch etwas geben.

KLAUS SCHÜTZ, WESTBERLIN:

Es handelt sich hier, wie man sieht, wenn man sich den Vorgang genau und nüchtern betrachtet, um eine verhältnismäßig kleine Gruppe, die versucht, den Hebel an einem der schwächsten Punkte unserer Gesellschaft anzusetzen, und das sind in der Tat unsere Universitäten heute, den Hebel anzusetzen, um den freiheitlichen Rechtsstaat handlungsunfähig zu machen. Darüber hinaus handelt es sich um eine Gruppe, die versucht - und darauf möchte ich die hinweisen, die keine Universitäten haben, damit sie wissen, daß das Problem bei ihnen morgen genauso entstehen kann -, den Hebel auch an all den anderen schwachen Punkten in unserer Gesellschaft anzusetzen. Es gibt viele solcher Punkte und viele werden noch deutlicher werden. Wir müssen uns darüber im klaren sein - ich komme darauf in einem anderen Zusammenhang noch einmal zurück -, daß als einer der schwachen Punkte von diesen Kräften die sozialdemokratische Massenpartei angesehen wird. Auch dort wollen sie den Hebel ansetzen. In einigen Teilen, beispielsweise in der Berliner Parteiorganisation, haben sie den Hebel schon angesetzt.

Meine zweite Erkenntnis ist die, daß es dieser Gruppe bei den Punkten, um die es geht, im Grunde genommen völlig gleichgültig ist, welcher Punkt gewählt wird. Sie sind nur daran interessiert - da nehme ich ein Wort von Willy Brandt noch einmal besonders auf -, Bewegung zu erzeugen, Bewegung dort hineinzubringen, wo sie uns alle handlungsunfähig machen können. An den zwölf oder vierzehn Demonstrationen, die wir gehabt haben, kann man fast ablesen, wie sie durchgetestet haben: mit welchen Punkten kriege ich wieviel Bewegung zustande?

Wir müssen versuchen, uns ganz nüchtern klar zu machen, daß das, was sich hier links nennt, mit der Arbeiterschaft, mit der organisierten Arbeiterschaft in unseren Städten - und jetzt spreche ich nur von Berlin - überhaupt nichts zu tun haben will. Die organisierte Arbeiterschaft, beispielsweise in einer Großstadt wie Berlin, der Kern der sozialdemokratischen Anhängerschaft, empfindet dies, was sich dort links nennt, ausgesprochen als Kontrast, als Gegensatz, als einen sie peinigenden Gegensatz.

Reformen helfen uns, diese sogenannten Solidarisierungsbemühungen (zwischen Arbeiterschaft und Studenten, Die Red.) zu zerschlagen, unmöglich zu machen. Aber sie lösen das Problem nicht. Es gehören also Reformen einerseits und der Einsatz aller rechtsstaatlichen Mittel andererseits dazu.

HANS BUCHHOLD, FRANKEN:

Die Erziehung ist schwieriger geworden, die Jugend ist schwieriger geworden. Ich habe auch zwei Söhne, etwa im selben Alter wie die Ihren, Genosse Brandt. Bei mir wird am Mittagstisch, am Familientisch hart diskutiert. Wir sind uns selten einig. Und warum ist diese heutige Jugend so aufsässig? Viele junge Menschen wollen zunächst einmal auffallen, das haben wir auch gestern erlebt. Viele junge Menschen werden von einem übertriebenen Geltungsbedürfnis gelenkt und gesteuert.

Die Jugend aber - ich meine nicht die Rabauken von gestern nachmittag - will neue Wege gehen, auch in der Politik, auch in der SPD. Auch das muß gesagt werden: viele junge Menschen sehen sich von der SPD alleingelassen. Wir können diese Unruhe nicht allein mit der Staatsgewalt steuern. Doch ich meine, die Polizei sollte durch ihr Verhalten nicht den Eindruck erwecken, als ob sie Angst vor diesen Rebellen hätte; denn sonst werden diese labilen Elemente erst zur Provokation herausgefordert.

OLAF RADKE, HESSEN-SÜD:

In diesem Zusammenhang entstehen dann, auch durch andere Umstände, die die Politik mit sich bringen, plötzlich solche Stress-Situationen. Sie sind ja nicht von ungefähr zuerst in Berlin ausgelöst worden. Dann darf man nicht an Symptomen herumdoktern, sondern dann muß man in die Gesamtanalyse des Bewußtseinsstandes unserer Jugend hineingehen, und dann müssen wir uns fragen: Haben wir neben den rein formalen Schulreformen durch Bau von Mittelpunktschulen und schöneren Schulräumen auch das Notwendige getan, den Bildungsinhalt endlich einmal unserer Zeit anzupassen? Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, da müßten wir ansetzen. Aber in einem 10-Minuten-Beitrag kann man das natürlich unmöglich zu Ende führen.

CHRISTIAN RICHTER, SÜDBAYERN:

Brandt sagte: Pöbel bleibt Pöbel, auch wenn junge Gesichter darunter sind. Ich möchte eines hinzusetzen. Ich mag es nicht so sehr gern, wenn von linkem Pöbel gesprochen wird. Denn Pöbel, Genossinnen und Genossen, steht rechts, egal, unter welchen Parolen er auch segeln mag. (Beifall.)

Ich glaube aber, es ist doch einiges zu dem nachzutragen - und ich möchte dazu etwas beitragen -, was die Ursache der Mißverständnisse zwischen der Sozialdemokratischen Partei und großen Teilen der jungen Generation ist. Ich möchte hier die Frage aufreißen: Liegt nicht eine Ursache vielleicht darin, daß wir nicht immer politisch glaubwürdig gewesen oder - wichtiger noch - geblieben sind? Denn Glaubwürdigkeit, Genossinnen und Genossen, ist für mich ein realpolitischer Faktor. Ich glaube, daß bei der Wählerentscheidung das grundsätzliche Vertrauen - und dieses wird genährt durch die Glaubwürdigkeit - zu einer Partei wichtiger ist als die Sachentscheidung so oder so in vielen Bereichen.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu den Berliner Ereignissen. Dieses Vakuum, das jetzt andere aufgefüllt haben, muß wieder aufgefüllt werden - und ich glaube, daß dieser Parteitag dazu einen Beitrag leisten wird - mit sozialdemokratischen Vorstellungen. Ich sehe den Versuch der Genossen Ristock und Beck als einen Versuch, diese Brücke des Verständnisses zur Sozialdemokratie zu schlagen. (Beifall.) Eine andere Frage ist, daß sie die Distanzierung von vielem, was auf diesem Kongreß passiert ist, von Anfang an hätten deutlicher machen können. Genossen, laßt mich das auch hier in aller Klarheit sagen: Harry Ristock und Erwin Beck sind für mich Sozialdemokraten. (Beifall.)

PETER BLACHSTEIN, HAMBURG:

Ich glaube, jede Partei hat eine Führung, die so gut ist wie sie selbst. Aber jede Führung einer Partei sollte sich darüber klar sein, daß sie nur so lange den Aufgaben wirklich gerecht werden kann, wie sie alle schöpferischen Kräfte, die in der Partei und die im Volk auf ihrer Seite stehen, für die Leistungen dieser Partei nutzbar zu machen versteht. (Beifall.) Hier ist schon gesagt worden - und ich glaube, das gilt auch für Parteiämter -, Autorität erwächst nicht automatisch aus einer Funktion oder einem Amt, sondern aus der Leistung.

Und darum, Genossinnen und Genossen, machen wir Schluß mit dem Ausschließen! (Beifall) Genossinnen und Genossen, seien wir sparsamer mit Unvereinbarkeitserklärungen! Und Genossinnen und Genossen, bei dem neuen Statut, das hier verabschiedet werden soll, sind Dinge vorgesehen, wie die Möglichkeit der Einsetzung von Kommissaren auf die Zeit bis zu 18 Monaten gegenüber Parteigliederungen, die Parteibeschlüsse nicht beachten. Bis zu 18 Monaten Regierungen solcher Gliederungen durch Kommissare ohne die Mitwirkung des Mitgliederwillens! Mir scheint das aus der Mottenkiste der Komintern zu sein und nicht in die Sozialdemokratie zu passen. (Lebhafter Beifall) Ich hoffe, daß die Antragskommission Mittel und Wege findet, das, was vielleicht an diesem Punkt notwendig ist, in eine Form zu bringen, die mit einer freiheitlichen Sozialdemokratischen Partei und ihrem Statut vereinbar ist.

DIETER KRETSCHMAR, NIEDERRHEIN:

Ich meine, wir sollten uns auch durch das Auftreten von politischen Rowdies, wie wir es gestern hier erlebt haben, nicht dazu verleiten lassen, eine bestimmte Gruppe in unserer

